



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24884 - 33
Fernschreiber 0866890

F/XV/9 - 12. Januar 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Der "Fall Oberländer" Kein gutes Beispiel für die junge Generation	39
2 - 5	Erwägungen über das Europa der Sechsz Von Victor Larock, ehemaliger Außenminister Belgiens	212
6	Warc Lostrum ? Erweiterung der Seerechte auf den Stand der technischen Entwicklung erforderlich	36
7	Arbeiterwohlfahrt als Kunstwäzen Förderung begabter Künstler	41

* * * * *
* * *

Der "Fall Oberländer"

sp - Der "Fall Oberländer" verschwindet nicht aus den Schlagzeilen und Kommentaren der Presse, die im Zusammenhang mit den antisemitischen Sudelzeilen in der Bundesrepublik veröffentlicht werden. Hierbei wird weniger auf die noch nicht geklärte Rolle Oberländers in Lemberg verwiesen, sondern auf die Tatsache, daß dieser Mann schon lange vor dem Kriege als anerkannter nationalsozialistischer "Wissenschaftler" die nationalsozialistische Gettpolitik interpretiert hat und heute trotzdem Mitglied des Bundeskabinetts - noch dazu als Vertriebenenminister! - sein kann. Es ist daher begreiflich, daß Deutsche, die in letzter Zeit im Ausland waren, besonders auf den "Fall Oberländer" angesprochen wurden.

Nun hört man, daß die Rolle Oberländers in Lemberg von einem Untersuchungsausschuß westeuropäischer Hitler-Gegner in Den Haag geklärt werden soll, wobei allerdings hinzugefügt werden muß, daß mindestens die deutschen Initiatoren dieses Ausschusses in den Kreisen zu suchen sind, die auch bei der Gründung des fragwürdigen Komitees "Rettet die Freiheit" Pate gestanden haben. Angeblich will der Untersuchungsausschuß erst im Frühjahr einen Bericht über seine Arbeiten veröffentlichen.

Aber der von dem Ausschuß überprüfte Komplex ist trotz seiner Bedeutsamkeit nicht das Kernproblem, das der "Fall Oberländer" bildet. Unabhängig von den Vorgängen in Lemberg und unabhängig davon, welche Rolle Oberländer während und nach diesen Vorgängen gespielt haben mag, bleibt der Tatbestand, daß der jetzige Vertriebenenminister der Regierung Adenauer während des NS-Regimes Rassen-theorien und deren Anwendung - praktisch also die Vertreibung mit anderen Vorzeichen - vertreten hat, die ihn nicht als Exponenten eines demokratischen Staates qualifizieren.

Hier liegt die Bedeutung des "Falles Oberländer", die sehr klar erkannt werden muß, wenn man ohne Rückhalt die an die Bundesregierung im Zusammenhang mit den antisemitischen Sudelzeilen gestellten Fragen beantworten will.

Die junge Generation will gute Beispiele. Sie hält die Erklärung des Abscheus gegen antisemitische Aktionen für unglaubwürdig, solange ein Mann wie Oberländer zur Repräsentanz des demokratischen Staates gehört. Der notwendige Hinweis auf diesen Widerspruch zwischen offiziellen Erklärungen und Tatbeständen ist ein Stück jenes großen Bemühens um die Überwindung der Vergangenheit, eines Bemühens, zu dem wir alle aufgerufen sind.

Erwägungen über das Europa der Sechs

Von Victor Larock,
ehemaliger Aussenminister Belgiens

Wie ist nach nahezu zwei Jahren - seit Inkrafttreten der Verträge von Rom (Gemeinsamer Markt und Euratom) - die Lage, und wie sind die Aussichten? Die sozialistischen Parteien der sechs Länder haben insgesamt gesehen die fast einstimmige Billigung der Verträge über den Zusammenschluß bisher nicht zu bereuen brauchen. Ihre Enttäuschung ist auf die von der EGKS durchgemachte und noch nicht beendete Krise zurückzuführen. Gegenwärtig liegen dreiunddreißig Millionen Tonne Kohle in den Mitgliedsländern auf Halde. Mit der Verschärfung der Krise hat man einen Bruch in der Solidarität zwischen der Hohen Behörde und den Regierungen - insbesondere denen Frankreichs und Deutschlands - beobachten können. Es kam zutage, daß bei Auftreten ernsthafter Schwierigkeiten die nationalen Interessen den Sieg über den supranationalen Gedanken davontragen.

Vorherrschaft des Kapitalismus

Es ist für die Sozialisten nicht verwunderlich, festzustellen, daß in einem aus vorwiegend kapitalistischen Ländern zusammengesetzten Klein-Europa diese Vorherrschaft des Kapitalismus durch die beginnende Einigung keineswegs abgeschwächt wurde. Die "Europäisierung" beinhaltet nicht zwangsläufig einen Fortschritt der Planwirtschaft und noch weniger einen Fortschritt bei der Verstaatlichung der Industrien. Der Kampf gegen den Kapitalismus ist auf europäischer Ebene nicht heftiger und nicht minder scharf als auf der nationalen. Dem Europa der Kartelle stellen wir das Europa der Arbeitnehmer gegenüber.

Die Wahrheit zwingt zu der Feststellung, daß die Kartelle keine Zeit verloren haben. Die Zusammenschlüsse von Privatunternehmen stehen nicht im Widerspruch zum Gemeinsamen Markt, wenn sie "unter angemessener Beteiligung der Verbraucher an dem entstehenden Gewinn zur Verbesserung der Warenerzeugung oder -verteilung oder zur Förderung des technischen oder wirtschaftlichen Fortschritts" beitragen. Die Bedingungen sind so elastisch, daß man auf Maßnahmen zum Verbot der Kartelle möglicherweise lange Zeit warten müssen. Jean Monnet selbst hat kürzlich erklärt, daß der Kampf gegen das Kartellwesen eine wesentliche Bedingung für die harmonische Entwicklung der europäischen Wirtschaft sein werde.

In welchem Augenblick beginnt nun die Kontrolle der Erzeugung und der Preise durch die Kartelle? Die europäischen Institutionen würden viel auf's Spiel setzen, wenn sie sehr große Strenge an den Tag legten. Jedesmal, wenn sich die Frage stellt, werden die nationalen Kartelle von den Regierungen ihrer Länder gestützt. Beispiele: Das französische Stahlkartell und die großen deutschen Konzerne. In keinem Land können die Regierungen diesen Wirtschaftsmächten auf dem Steuer-, Finanz- und Haushaltsgebiet irgendetwas verweigern. Auf europäischer Ebene verfügen die Institutionen über keine hinreichende supranationale Gewalt, ihrer Tätigkeit Grenzen zu ziehen.

Die Bedeutung der Rechtsparteien

Die Schöpfer Klein-Europas wollten über die wirtschaftliche Einigung die politische Integration erreichen. Das ist nach wie vor der Plan derjenigen, die gegenwärtig die Weichen stellen. Die Verpflichtung

tung zur Durchführung einer gemeinsamen Politik auf wirtschaftlichem, finanziellem, sozialem Gebiet usw. sollte normalerweise eine Behörde und Institutionen mit supranationalen Befugnissen erforderlich machen, die nach demokratischen Gesichtspunkten überwacht werden. Man darf sich nicht verhehlen, daß diese Integration - wenn sie jetzt Wirklichkeit würde - den europäischen Rechtsparteien Vorschub leisten würde.

Die Sozialisten wurden in den sechs Ländern aus der Regierung verdrängt. In Frankreich ist die Mehrheit nationalistisch und konservativ. In den übrigen Ländern stützt sie sich auf die christlich-sozialen Parteien. Nach den Ziffern der letzten Wahlen haben die rechtsstehenden christlichen und liberalen Parteien 50 Millionen Stimmen und die Linke - wenn man die Stimmen der Sozialisten und Kommunisten zusammenzählt - 37 Millionen erhalten. Jedoch sind weder die kommunistischen Parteien noch die kommunistisch ausgerichteten italienischen und französischen Gewerkschaften an den europäischen Organisationen beteiligt.

Fünfundzwanzig Prozent der französischen und siebenunddreißig Prozent der italienischen Wähler sind auf diese Weise auf europäischer Ebene nicht vertreten.

Die Vorherrschaft der Rechten ist im Europäischen Parlament noch stärker als nach den Wahlziffern. In den europäischen Verwaltungen - ungefähr dreitausend Bedienstete aller Grade - hat sich der politische Katholizismus den Löwenanteil gesichert. Die Wahl des Parlaments auf Grund des allgemeinen direkten Wahlrechts wäre letzten Endes doch vorteilhafter als die gegenwärtige Art der Benennung, unter der Voraussetzung, daß sie in den sechs Ländern einheitlich erfolgt und keine Karikatur einer demokratischen Wahl darstellt, bei der ein großer Teil der Arbeiterschaft unberücksichtigt bliebe. Die Hindernisse sind beträchtlich. Dennoch wird der gemeinschaftliche Aufbau nicht auf dem Volk basieren, so lange der gegenwärtige Zustand, bei dem die Gemeinschaften vor allem eine Angelegenheit der Regierungen und Behörden sind, andauert. Der Zeitpunkt nähert sich, in dem das werdende Europa die Feuerprobe der allgemeinen Wahlen bestehen muß.

Welche Tendenzen bekämpft die Opposition?

Selbstverständlich kann man zugleich "guter Europäer" und guter Sozialist sein; ebenso klar ist es aber, daß einige sehr starke Tendenzen innerhalb der Einigungsbewegung dem Sozialismus zuwiderlaufen. Sie müssen bekämpft werden.

Welche Tendenzen sind dies?

1. Die Tendenz, den europäischen Zusammenschluß vor allem als eine besondere Form der atlantischen Gemeinschaft und als einfaches Mittel dafür zu betrachten, dem sowjetischen Kommunismus einen unüberwindlichen Wall entgegenzusetzen.

Die sozialistischen Parteien haben den Kommunismus unaufhörlich bekämpft und werden dies weiterhin tun. Solange das Sowjetregime die Demokratie regiert und die Weltherrschaft anstrebt, gibt es mit diesem Regime und dieser Doktrin keine Verständigung.

Deshalb aber mit dem konservativen und reaktionären Antikommunismus gemeinsame Sache zu machen, wäre der schlimmste Fehler.

Dies ist keineswegs eine theoretische Frage. Viele "gute Europäer" wollen weder von einer Wiedervereinigung Deutschlands noch von einer wirklichen Entspannung im Osten und von einem kontrollierten "Disengagement" der bevormundeten europäischen

Völker etwas hören, weil sie befürchten, daß die europäische Einigung dadurch geschwächt würde. Ihr Europa soll jeder dauerhaften und verbürgten Verständigung mit den östlichen Völkern entgegenstehen. Es soll mehr oder weniger im Zustand des kalten Krieges verharren. Wenn sie dies auch nicht sagen, so zeigt ihr Verhalten, daß sie es denken. Deswegen haben sie immer für den Kanzler Adenauer und seine Partei gegen die deutschen Sozialisten Stellung genommen. Nichts ist bezeichnender als die wirkliche Panik, die sich vieler führender europäischer Persönlichkeiten bei der Ankündigung der Begegnung Eisenhower-Chruschtschow bemächtigte. Ihre offensichtliche Furcht war nicht darauf gerichtet, daß diese Begegnung ergebnislos verlief, sondern daß sie eine Annäherung herbeiführe.

2. Eine weitere für uns unannehmbare Tendenz bestünde darin, sich wegen angeblicher Stärkung oder Rettung der Einheit einer von Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland - oder sogar von einer dieser beiden Mächte - ausgeübten europäischen Führerrolle zu beugen. Es wäre nicht das erste Mal in der Geschichte, daß die europäische Einigung in den Dienst eines bestimmten Nationalismus gestellt würde. Für die Sozialisten kommt es nicht in Frage, diese Tendenz zu begünstigen, die nur zu klar aus den von einflußreichen Gaullisten in Frankreich geäußerten Ansichten hervorgeht.
3. In der letzten Zeit hat sich eine Tendenz gezeigt, auf dem Weg zur politischen Europäisierung mehrere Stufen auf einmal zu nehmen. Es handelt sich nicht darum, eine demokratisch kontrollierte supranationale Behörde, sondern ein Direktorium von hohen Regierungspersonlichkeiten einzusetzen, das das Europa der Vaterländer "überdachen" würde. Diese würden dann eine Art Allianz des politischen Katholizismus und des wirtschaftlichen Liberalismus bilden.
4. Diese verschiedenen Tendenzen findet man ebenfalls in dem hartnäckigen Widerstand einiger Dogmatiker des Klein-Europa - insbesondere in Frankreich - gegen jede Erweiterung des Gemeinsamen Marktes zu einer Freihandelszone, die Großbritannien umschließen würde. Dieses hat nie die Aufgabe derjenigen erleichtert, die eine Erweiterung des europäischen Zusammenschlusses wünschten. Aber es besteht kein Zweifel, daß die im kontinentalen Lager angewandte Verschleppungstaktik gegenüber dem konservativen Großbritannien politischen Auffassungen entspricht, die mit den Gründen, aus denen die Sozialisten dem europäischen Zusammenschluß zugestimmt haben, nicht das geringste gemein haben.

Stellungnahme der Sozialisten

1. Die EWG-Kommission müßte aus zehn Mitgliedern bestehen anstatt aus neun, wobei das zehnte Mitglied ein Vertreter der Gewerkschaften sein müßte. Der Vertrag sieht eine etwaige Erhöhung der Mitgliederzahl vor.
2. Von den Institutionen des Gemeinsamen Marktes - Parlament, Wirtschafts- und Sozialausschuß - wurde ein Teil der französischen und italienischen Arbeiterklasse ausgeschlossen. Ist dieser Ausschluß ein Beweis von Stärke oder Schwäche? Bewahrt man auf diese Weise die Demokratie oder entzieht man sich ihren Forderungen? Glaubt man, damit die Arbeitermassen für die europäische Sache zu gewinnen? Die Vertretung in den Institutionen müßte auf alle Gesellschaftsschichten und auf alle Arbeiter - unabhängig von ihrer Überzeugung - erweitert werden.
3. Das beratende Organ, in dem die Gewerkschaften vertreten sind, der Wirtschafts- und Sozialausschuß, ist lediglich für soziale Fragen (Beschäftigung, Berufsausbildung, soziale Sicherheit usw.) zuständig. Jede wichtige Wirtschaftsfrage, die für soziale Änderungen ausschlaggebend ist, müßte diesem Ausschuß obligatorisch unterbreitet werden.

4. Die Bestimmungen des Vertrages über die Kartelle müssen eng ausgelegt und strikt angewandt werden. Jeder Plan einer Vereinbarung zwischen Unternehmen und Arbeitgeberverbänden müsste der EWG-Kommission obligatorisch gemeldet und zur Billigung vorgelegt werden.
5. Für eine wirksame Wirtschaftspolitik muß der Gemeinsame Markt ein Programm zur Koordinierung der hauptsächlichsten Tätigkeiten auf dem Gebiet der Produktion und Investition in den sechs Ländern aufstellen.
6. In der ganzen Gemeinschaft müssen gleichlautende Bestimmungen über die Arbeitslosenunterstützung und darüber hinaus für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit eingeführt werden. Die Investitions-Bank müsste mehr als bisher zur Hilfe herangezogen werden.
7. Zwei besonders schwerwiegende Probleme werden sich während der nächsten Jahre ständig stellen:
 - auf wirtschaftlicher Ebene das der Beseitigung der Grenzbetriebe, wodurch Arbeitslosigkeit entsteht;
 - auf sozialem Gebiet, das Problem des Zusammenschmelzens der arbeitenden Bevölkerung im Verhältnis zur Zahl der für die Produktion noch nicht verfügbaren Jugendlichen und der Pensionsempfänger.In beiden Fällen bestehen die einzig möglichen Lösungen in einer Wirtschaftsausweitung, die die Behörden des Gemeinsamen Marktes durch das unter Punkt 5 bereits erwähnte Mittel fördern müssen: die Planwirtschaft sowie durch an die Regierungen und Konzerne zu erlassenden Richtlinien.
8. Man wird den Fortschritt des Gemeinsamen Marktes an der Erhöhung des Lebensstandards und insbesondere der Kaufkraft der Arbeitnehmer messen können. Die Bemühungen der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften der sechs Länder müssten so eng wie möglich koordiniert werden und die folgenden Ziele anstreben:
 - Angleichung der Löhne und Sozialleistungen nach den Sätzen des meist begünstigten Stoffes; jährliche Garantie des Lohnes; einheitliche Kürzungen der Arbeitszeit; europäische Tarifverträge, durch welche die gegenwärtig nur einigen Kategorien von Staatsangehörigen und Berufen eingeräumten Vorteile auf alle Arbeiter der verschiedenen Wirtschaftszweige ausgedehnt werden; europäische Aktionen zur Preissenkung durch Ermäßigung der indirekten Steuern und durch Vereinfachung des Verteilernetzes. Was auf nationaler Ebene wegen der Vorurteile, der Routine und der Zersplitterung der politischen Kräfte nur sehr schwer zu erreichen ist, kann auf Gemeinschaftsebene wirksamer gefordert werden.
9. Der europäische Sozialfonds übernimmt sogar im Falle von Arbeitslosigkeit als Folge einer Umstellung die Hälfte des von der betreffenden Regierung gewährten Zuschusses. Jedoch erfolgt der Zuschuß erst sechs Monate, nachdem der Arbeitslose wieder eine Beschäftigung gefunden hat. Es ist klar, daß diese Frist zu lang ist: im Zeitpunkt, in dem er seinen Arbeitsplatz verliert, braucht der Arbeiter eine Hilfe. Zwischen den sechs Regierungen müsste ein System von Pflichtversicherungen aufgebaut werden, so daß die zwischenstaatliche Versicherung zu gegebener Zeit einen Vorschuß auf die vom Sozialfonds zu leistenden Beträge gewährt.
10. Den afrikanischen Völkern kann bei der Erreichung der Unabhängigkeit sehr durch Kredite geholfen werden, die ihnen der Europäische Entwicklungsfonds zur Verfügung stellen kann. "Eurafrika", das gegenwärtig noch ein Zukunftstraum ist, wird Wirklichkeit werden, wenn die Gemeinschaft hinsichtlich der finanziellen, wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit mit den vormalig abhängigen Gebieten nach und nach an die Stelle der früheren Mutterländer tritt. Man darf sich jedoch nicht verhehlen, daß noch viel geleistet werden muß, und daß die gegenwärtig für den Fonds gezeichneten Mittel (581 Millionen Dollar in fünf Jahren) völlig unzureichend sind. + + +

Mare nostrum?

W.R. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS kündigte vorige Woche an, daß in einem genau unrisenen Zielgebiet im Pazifik von 15. Januar bis 15. Februar Raketenversuche der Sowjets durchgeführt werden. Die Versuche seien notwendig, so hieß es in der TASS-Meldung, um Erprobungen für Projekte, die nach interplanetarischen Räumen geschickt werden sollen, durchzuführen. Die Erprobungen der Sowjets sind Meßversuche ohne Sprengköpfe.

Im Wettlauf um die größten und zuverlässigsten Raketen scheint also die Sowjetunion vor den Amerikanern im Rennen zu liegen. Die Versuchsreihe, die jetzt im stillen Ozean durchgeführt wird, hat in Amerika nach anfänglicher Gelassenheit erhebliche Unruhe hervorgerufen. Wer die Richtung der Raketen, von ihrem Flug aus der Sowjetunion in den Pazifik verfolgt, kann leicht feststellen, daß im Ernstfall die Zielrichtung nur um wenige Grad verändert zu werden braucht, um amerikanische Interessen und Hoheitsgebiete in den Wirkungsbereich militärischer Super-Raketen zu bringen. Die Beunruhigung hat also trotz der angekündigten friedlichen Erprobung einen politisch-militärischen Hintergrund. Die Sowjets wollen ohne Zweifel noch vor Beginn der Gipfelproffen noch einmal ihre Überlegenheit auf dem Gebiet der Raketenforschung demonstrieren.

Die Sowjets weisen darauf hin, daß Amerika den Pazifik für die Erprobung von scharfen Wasserstoffbomben laufend benutzt hat. Die Vorbeuge, die seinerzeit asiatische Völker, vor allem Japan ergriff, ist noch in aller Erinnerung. Amerika ist mit diesen Explosionen nicht mit gutem Beispiel vorangegangen, so daß die Proteststimmen, die sich jetzt gegen die Raketenversuche wenden, nicht ganz echt wirken. Die Freiheit der Meere verbietet keiner Nation ihre Versuche dort durchzuführen. Das gilt sowohl für Amerika, England, als auch logischerweise für die Sowjetunion.

Deshalb wäre es angebracht, wenn die alten Seerechte, die bisher nur geringfügigen Korrekturen unterworfen worden sind, dahingehend geändert werden, daß sie den Gefahren der technischen Entwicklung gerecht werden. Solange das nicht geschieht, kann Amerika trotz vieler Interessen, die es in diesem Gebiet zu wahren hat, sich nicht zum Richter über dieses Gebiet aufspielen.

Die Entwicklung ist zweifellos nicht erfreulich, und solange nicht Verträge über die Abrüstung thermo-nuklearer und anderer Waffen zu Stande kommen, wird die Welt weiterhin in Unruhe gehalten.

Arbeiterwohlfahrt als Kunstmäzen

hn. - Zum dritten Mal seit 1957 hatte die Arbeiterwohlfahrt Einladungen zu einer kleinen Ausstellung zeitgenössischer Graphik verschickt, die in den Räumen ihres Hauptausschusses gezeigt wurde. Die AW hat es sich zur Gewohnheit werden lassen, die für die einzelnen Jahresausgaben ihres "Kleinen Kunstkalenders" zur Auswahl anstehenden Werke vor dem Beginn der Arbeiten am Kalender der Presse und auch dem interessierten Publikum zugänglich zu machen.

Die Arbeiterwohlfahrt als Mäzen zeitgenössischer bildender Kunst - überschreitet sie damit nicht die Grenzen ihres Wirkungsbereichs? Wenn man dem Begriff "Fürsorge" nachdenkt, dann erfaßt man, daß er das Sich-Verantwortlichfühlen für den ganzen Menschen meint. Anknüpfend an die Tradition der 1933 zerschlagenen Arbeiterbildungsbewegung, hat sich die Arbeiterwohlfahrt die sozialpädagogische Aufgabe gestellt, alle Schichten der Bevölkerung an die Kunst der Gegenwart heranzuführen. Sie nimmt es eben dadurch, daß sie dem Begriff der Fürsorge eine scheinbar allzu weit gezogene Deutung gibt, sehr ernst mit den von diesem Begriff abgesteckten Aufgaben.

Der "Kleine Kunstkalender" der Arbeiterwohlfahrt für das Jahr 1961, mit dessen Vorbereitung die damit Beauftragten in diesen Tagen beginnen werden, wird zur Gesamtauflage des AW-Kalenders das zehnte Hunderttausend beisteuern. Was sich hinter dieser Zahl verbirgt, bedarf einer kurzen Erläuterung. Zunächst konnten mit dem bisher erzielten Reinerlös des Kalenders etwa 400 junge Menschen Stipendien für ihre fürsorgliche Ausbildung gewährt werden. Die Arbeiterwohlfahrt hat nicht Buch darüber geführt, wie vielen jungen Künstlern, die in den Ausgaben des Kalenders vertreten sind, durch den Ankauf ihrer Werke eine finanzielle Beihilfe und damit eine Förderung ohne den bitteren Beigeschmack des Almosens gewährt wurde; berücksichtigt man aber, daß jede Kalenderausgabe rund fünfzig Kunstblätter enthält, so kommt man, bei vorsichtiger Schätzung, auf annähernd vierhundert junge Maler, Graphiker und Zeichner, denen eine solche Förderung zuteil geworden ist.

Und was alles die Arbeiterwohlfahrt mit der Herausgabe ihrer Kalender zur Förderung des Verständnisses für moderne Kunst beigetragen hat, dies Letzte und Wichtigste ist in Zahlen nicht auszudrücken. Nicht nur die einzelnen Kalenderausgaben, mehr noch die ihnen jeweils vorangehenden Ausstellungen geben einen ausgezeichneten Querschnitt des Schaffens zeitgenössischer Graphik. Die für diese Ausstellung Verantwortlichen sollten im nächsten Jahr ernsthaft erwägen, ob es nicht ratsam wäre, die Vorschau der Öffentlichkeit für längere Zeit und in einem größeren Rahmen zugänglich zu machen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel